

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei wgl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 9.80 M. oder vierteljährlich 28.40 M. ohne Bestellgebühr.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11.800, 11.801, 11.802 bis 11.856, sowie 15.280, 15.281, 15.282 bis 15.291.

Ausdehnung der Streiks in Mitteldeutschland.

Generallstreik auch in Leipzig.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Leipzig, 26. Februar.

Nachdem heute vormittag die verschiedenen Kategorien der Arbeiter und Beamten Versammlungen abgehalten haben, um über den Generallstreik zu beraten, fand am Nachmittag eine Sitzung der Leipziger Arbeiterräte statt, in der mit 40 000 gegen 5000 Stimmen beschlossen wurde, morgen in den Generallstreik einzutreten.

Der Leipziger Bürgerchaftsauschuß erhebt eine Kundgebung, in der die gesamte Leipziger Kaufmannschaft, die Handwerkerschaft, das Beamtentum in Stadt und Staat, die Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Lehrer aufgefordert werden, an diesem Donnerstag, mittags 12 Uhr, in den allgemeinen Ausstand einzutreten als Protest gegen den Streik der Arbeiter.

Leipzig, 26. Februar. (M. T. B.)

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ruht die Arbeit auf sämtlichen Gruben, ebenso in Anhalt. Der Eisenbahnstreik erstreckt sich von Nordhausen über Halle bis nach Jena.

Wie der Leipziger A- und S.-Nat. mittelt, ist der Generallstreik für ganz Thüringen erklärt. Bisher haben sich 23 Städte angeschlossen.

Wie aus Jena gemeldet wird, ist das dortige Bürgerium in den Gegenstreik eingetreten. In Weisenfels ist die gleiche Maßnahme geplant.

* Magdeburg, 26. Februar.

Nach einer Arbeitslosen-Versammlung zogen mehrere hundert Demonstranten über den Breiten Weg, wobei sie Zettel verteilten, in denen zum Generallstreik und zur Bildung des Räte-systems aufgefordert wird. Dann zogen die Demonstranten nach dem Bahnhof. Die Lokomotiv- und Werkstättenarbeiter kamen der Aufforderung zum Streik nach und traten in den Ausstand, als dessen Ziel die Errichtung der Räteregierung bezeichnet wird.

Erfurt, 26. Februar.

Seit heute morgen herrscht hier Generallstreik. Die Stadt ist ohne elektrisches Licht, die Straßenbahnen verkehren nicht. Die Streikenden fordern: 1. sofortige Einsetzung von Betriebsräten mit Kontroll- und Mitbestimmungsrecht durch Regierungsverordnung; 2. sofortige Sozialisierung der Bergwerke und Monopolbetriebe; 3. Zurücknahme des Erlasses über die Wiederein-

führung der Kommandogewalt; 4. resolute Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Wie die „Tribüne“ mittelt, sind die Regierungstruppen gestern abend aus Gotha abgerückt. Zugunsten der Arbeiter im Mitteldeutschen Kohlenrevier wird jedoch der Generallstreik in Gotha trotzdem fortgesetzt.

Stuttgart, 26. Februar.

Der Arbeiterrat von Heilbronn hat unter Zustimmung der Gewerkschaften für heute den Generallstreik proklamiert. Der Streik umfaßt alle Betriebe in Heilbronn.

* Königsberg, 26. Februar.

Die Königsberger Arbeiterschaft beschloß zu Donnerstag einen eintägigen Proteststreik gegen die Aufhebung der Arbeiterzulage und gegen die bevorzugte Verpflegung des Militärs. Gas-, Elektrizitätswerk und Eisenbahn sind beteiligt.

Ernste Lage in München.

Drahtmeldungen unserer Weimarer Redaktion.

* Weimar, 26. Februar.

Meldungen aus München, die in Weimar eingetroffen sind, lassen die Lage als außerordentlich ernst erscheinen. Angeblich beherrschen die Kommunisten nicht nur die öffentlichen Gebäude und die Verkehrsanstalten, sondern sind auch im Besitz der Notenpresse. Die bayerischen Abgeordneten sind im Laufe des heutigen Tages wieder in Weimar eingetroffen. Heute abend waren sämtliche bayerischen Mitglieder der Nationalversammlung ohne Unterschied der Fraktion zur Besprechung über die Lage zusammengetreten.

Der „geluchte“ Mörder.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* München, 26. Februar.

Wie ich an zuständiger Stelle im Zentralrat erfahre, ist der Polizeipräsident Steimer bereits vor einigen Tagen angewiesen worden, gegen den Mann, der das Attentat auf Auer verübte, den Richter Bindner, einen Haftbefehl zu erlassen. Dieser Haftbefehl ist ausgefertigt worden und der Attentäter wird zur Zeit gesucht.

Gerüchte von einem Attentat auf Wilson.

Aus Vörsach wird dem Büro „Europapress“ gemeldet: Nach einem dem Sekretär des französischen Konsulats in Basel zugegangenen Telegramm ist in Boston von einem spanischen Anarchisten ein Attentat auf Wilson verübt worden. Der Präsident soll mehrere Schüsse in die linke Brustseite erhalten haben, sein Zustand soll bedenklich sein. Weitere Einzelheiten fehlen.

Erfundigungen, die wir an mehreren Berliner Stellen darüber einzuholen, ob sie von dieser Attentats-Nachricht Kenntnis haben, hatten ein negatives Ergebnis. Es ist möglich, daß die Meldung auf einem bloßen Gerücht beruht, das seinen Ursprung in der gestern abend mitgeteilten Verhaftung eines Verdächtigen in einem Bostoner Hotel haben mag.

Auch eine Amsterdamer Meldung, die gestern abend hier eintraf, besagt, daß dort von einem angeblichen Attentatsversuch auf den Präsidenten nichts bekannt ist.

Ferner ging uns heute nacht eine vom 26. datierte Washingtoner Neutermeldung zu, in der von einem Anschlag auf Wilson nichts gesagt ist. Die Meldung lautet:

Washington, 26. Februar.

Es verlautet, daß Wilson erst nach seiner nächsten Rückkehr aus Europa eine Sonderabgang des Kongresses einberufen werde. Wilson hält es für keine Pflicht, in Europa zu bleiben, bis der Friede geschlossen sei.

Steuermeldestelle für Kriegsgewinner.

Aus Industriekreisen geht uns folgendes Vorschlag zu:

Wenn die Erfassung der Kriegsgewinne nicht nur in schön ausgearbeiteten Gesetzen auf dem Papier stehen, sondern wirklich erfolgreich sein soll, sind zwei Dinge notwendig: daß nicht durch planlos durchgeführte, ins Ungemessene gesteigerte Lohnerhöhungen die Gewinne aller derjenigen Firmen, die Kriegsmaterial hergestellt haben, in tausend Kanäle zerfließen und dem Zugriff der Steuerbehörden zum Schaden des Volksganzen entzogen werden, sondern auch, daß wirklich alle Personen und Firmen, die Kriegsgewinne erzielt haben, steuerlich herangezogen werden.

Die bereits in den vergangenen Jahren erlassenen Kriegsteuer-gesetze sowie die beiden jetzt veröffentlichten Gesetzentwürfe enthalten eine Unzahl genauer Bestimmungen darüber, wie die Abgaben vom Mehreinkommen und von der Vermögenssteigerung im einzelnen zu berechnen und zu versteuern sind. Unbedingte Voraussetzung oder für die Anwendung dieser Berechnungs- und Erhebungsmethoden ist, daß man es mit ehrlichen Kaufleuten zu tun hat, die über alle Geschäftsvorgänge ordnungsmäßig und den Vorschriften entsprechend Buch führen. Jeder aber weiß, daß unter den unzähligen Lieferanten der Behörden im Kriege dies kaum nur einen Bruchteil darstellen. Der Reichsfinanzminister Dr. Schäffer hat in seiner jüngsten Rede in der Nationalversammlung in aller Deutlichkeit zugegeben, wie sehr die Beschaffung des Kriegsmaterials in die Hände der allerungünstigsten Elemente gekommen ist, wieviel Unsummen verschleudert und wieviel moralisch ansehbare Leute bereichert worden sind.

Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß ein großer Teil dieser Gelegenheits-Geschäftsleute den Versuch machen beginn, es auch schon bisher mit Erfolg verstanden haben wird, sich der Abgabepflicht für Kriegsgewinne zu entziehen. Um diese Leute zu fassen, und zwar nicht nur hinsichtlich der besonderen Kriegsteuerabgaben, sondern auch so weit die normale Einkommens- und Ergänzungsteuer im Frage kommt, gibt es nur ein wirksames Mittel: daß sämtliche behördliche Beschaffungsstellen gezwungen werden, einer bestimmten Steuermeldestelle die Namen derjenigen Firmen und Personen, mit denen sie gearbeitet haben, anzugeben. Auf diese Weise würde zunächst einmal die gesamte Lieferantenliste der Behörden, d. h. der ganze Kreis der Leute, die Kriegsgewinne erzielt haben (die Zahl dieser, die Kriegsmaterial unter Verlust geliefert haben, dürfte nicht gerade sehr groß sein) festgelegt werden. Sodann müßte aber auch genau der Zeitpunkt des Geschäfts sowie die Beträge, um die es sich gehandelt hat, mitgeteilt werden. Kann man aus ihnen auch nicht ohne weiteres die Höhe der Gewinne entnehmen, so lassen die Summen doch jedenfalls wertvolle Schlüsse zu. Vor allem aber würden für die Steuerbehörde erst einmal Hinweise für die Stelle gegeben, in denen sich unter der Masse irgendeines gleichwie getriebenen Gewerbetreibenden, der vielleicht im Kriege angefangen hat, Aufhören seiner früheren Beschäftigung gar keine oder nur ein geringes Einkommen deklariert hat, ein Mann verbirgt, der mit den Behörden größere Geschäfte abgewickelt hat.

Die Feststellung seitens der Beschaffungsstellen dürfte (hoffentlich) keine besonderen Schwierigkeiten verursachen. Denn wenn auch eine kaufmännische Buchführung bei den Behörden bisher nicht üblich war — die Revolution wird hoffentlich auch hier eine „Reorientierung“ schaffen —, müssen doch immerhin für alle Geschäfte Belege vorhanden sein, aus denen der Name des Lieferanten, sowie Zeitpunkt und Betrag der Lieferung zu ersehen sind.

Im übrigen haben nicht nur die Behörden in erheblichem Umfang mit Kriegsgeldern gearbeitet, sondern auch die großen Lieferungsunternehmen sind ihnen trotz größter Vorsicht vielfach in die Hände gefallen. Bei dem schnellen Tempo, in dem beispielsweise die Munitionsherstellung zuweilen erfolgen mußte, besonders zur Zeit des sogenannten Hindenburgprogramms, war es notwendig, daß viele von den großen Fabriken, die von den Behörden Aufträge erhielten, einen Teil davon, insbesondere aber die Fabrikation von Spezialteilen, an Unterlieferanten weitergeben mußten. Diese Unterlieferanten haben sich in einer erschreckend großen Zahl trotz ihrer Behauptung, daß sie selbst Hersteller sind, als reine Vermittler herausgestellt, die nichts weiter taten, als ohne jedes Fabrikationsrisiko eine Riesenzahl kleinerer oder großer Werkstätten im ganzen Reich zu suchen, denen sie die übernommenen Lieferungen unter schärfstem Preisdruck weitergaben. Erst wenn die bestellten Lieferungen statt von einer Stelle aus den verschiedensten Städten